



Presseschau vom 09.02.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

Ukrinform.ua: Norwegen stellt der Ukraine humanitäre Hilfe im Wert von 40 Millionen Kronen bereit. Das gab Staatssekretär im norwegischen Außenministerium Tore Hattrem bekannt. „Die humanitäre Lage in einigen Regionen der Ukraine ist schwer. Die Hilfe brauchen fünf Millionen Menschen, darunter 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge“, sagte Hattrem.

Nach Worten von Hattrem wird der Norwegische Flüchtlingsrat, der eine Reihe von Programmen in der Ostukraine durchführt, 20 Millionen Kronen erhalten. Weitere 20 Millionen würden das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die HALO-Stiftung zur Räumung von Landminen und die Internationale Organisation für Migration bekommen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Insbesondere wurden am 8. Februar aus Richtung Luganskoje dreimal die Positionen der Volksmiliz bei Kalinowka beschossen. Geschossen wurde mit Panzertechnik und Granatwerfern.

Ebenfalls haben die Kiewer Truppen die Abteilungen der Volksmiliz bei Kalinowo aus Richtung Nowoswanowka mit Granatwerfern des Kalibers 82mm beschossen.

Außerdem wurden mit Schusswaffen und Granatwerfern die Positionen der Volksmiliz im Bereich von Sansharowka und Logwinowo beschossen. Das Feuer kam aus Richtung Troizkoje bzw. Luganskoje.

Lug-info.com: Ein typischer Warenkorb für einen Monat für eine Person kostet in der LVR fast 50% weniger als in der Ukraine. Davon zeugen Angaben der staatlichen Komitees der LVR und der Ukraine, die LuganskInformZentr vorliegen.

Insgesamt kosten die Waren und Dienstleistungen, die zum monatlichen Warenkorb gehören, einen Einwohner der Republik 1385 Griwna (nach dem Kurs der Staatsbank der LVR) und einen Einwohner der Ukraine 2064 Griwna.

Zu der Auswahl an Lebensmitteln, Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs pro Monat für die arbeitsfähige Bevölkerung gehören Getreideprodukte, Obst und Gemüse, Fleisch und Fleischprodukte, Fisch, Milchprodukte, Haushaltschemikalien, Medikamente, kommunale Dienstleistungen, Fahrtkosten für den öffentlichen Verkehr.

Der größte Preisunterschied wurde bei Brot und Grieß festgestellt: Brot ist in der LVR 97,3% billiger als in der Ukraine und Mehl der höchsten Sorte kostet in der Republik 80% weniger. Haferflocken kosten in der LVR 89,6% weniger, Erbsen 75%. Im Ganzen sind Brotprodukte und Grieß in der LVR 74,8% billiger als in der Ukraine.

Beim Gemüse kann man Kohl nehmen, der in der LVR um 49,3% billiger ist, Möhren um 28,6% und Zwiebeln um 48,9%. Im Ganzen sind die Preise für Obst und Gemüse in der Republik 25% billiger als in der Ukraine.

Es muss gesagt werden, dass die LVR bei den Preisen für Fleisch und Fleischprodukte Kiew übertrifft – in der Republik sind sie im Durchschnitt um 14% teurer als in der Ukraine. Die Preise für Milchprodukte, Fisch, Eier und Sonnenblumenöl sind in der LVR und der Ukraine praktisch auf gleichem Niveau.

Die Kosten für Haushaltschemikalien sind in der LVR fast die gleichen wie in der Ukraine, aber die Medikamente sind im Mittel 50% billiger.

In der Republik sind die Tarife für kommunale Dienstleistungen wesentlich niedriger.

Ausgehend von den Daten der staatlichen Statistikkomitees der LVR und der Ukraine für Lugansk bzw. Charkow bezahlt ein Einwohner der Hauptstadt der Republik im Monat für Strom 250% weniger als ein Charkower, Gas kostet ihn 788% weniger, Heizung 343%, Wasser und Abwasser 383% weniger; für die Wohnung bezahlt ein Einwohner von Lugansk 234% weniger. Im Durchschnitt bezahlt ein Lugansker für die kommunalen Dienste 336% weniger als ein Einwohner von Charkow.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht Shabitschewo und Spartak im Norden von Donezk beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„In der Nacht haben ukrainische Abteilungen Shabitschewo und Spartak beschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner von den Positionen im okkupierten Peski und vom Lüftungsschacht des Butowskaja-Bergwerks unter Verwendung von Granatwerfern des Kalibers 82mm, kleineren Granatwerfern und Schusswaffen geschossen hat.

De.sputniknews.com: Donezk meldet: Kiew zieht Kampfeinheiten an ostukrainischer Frontlinie zusammen

Kiew hat an der Frontlinie im Konfliktgebiet Donbass seine Einsatzkräfte in einer Zahl konzentriert, die für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen ausreicht, wie der Chef der selbsterklärten Volksrepublik Donezk (VRD), Alexander Sachartschenko, gegenüber RIA Novosti sagte.

„Diese Kräfte haben den Hauptparametern entsprechend eher offensiven als defensiven Charakter. Kiew hat eine große Anzahl von Kampftruppen und —technik in den Donbass verlegt, sodass wir einen erneuten Übergang der ukrainischen Kräfte zu aktiven Kampfhandlungen nicht ausschließen“, so Sachartschenko.

Ihm zufolge ist die VRD zu jeglichem Fortgang aus dieser Lage heraus bereit.

„Falls eine solche Offensive beginnen wird, wird diese von selbst nicht mehr gestoppt werden können. Wir werden gezwungen sein, zuerst diese zu beenden und dann diejenigen Gebiete der Volksrepublik Donezk, die wir jetzt für besetzt halten, zu befreien“, betonte er. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 eine militärische Operation gegen die selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk eingeleitet. Nach jüngsten UN-Angaben hat der Konflikt bereits mehr als 9.000 Menschenleben gefordert. Die Beilegung des Donbass-Konflikts wird im Rahmen der Verhandlungsrunden der Kontaktgruppe in Minsk besprochen, die seit September 2014 drei Dokumente beschlossen hat. Diese regeln das Vorgehen zur Deeskalation des Konfliktes und sollen unter anderem einen Waffenstillstand erreichen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30118/31/301183195.jpg>

Ukrinform.ua: Der Chef der terroristischen „Volksrepublik“ Alexandr Sachartschenko trifft zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit“. Das berichten die Quellen von Ukrinform in den besetzten Gebieten der Ostukraine.

Wie die Quellen der Nachrichtenagentur mitteilen, unterzeichnete Sachartschenko ein Erlass über die Gründung eines Wachregiments. Die Stärke des Regiments betrage etwa 1200 Mann. Ein Bataillon des Regiments, (etwa 860 Mann), heiße „Patriot“. Der Bataillonskommandeur sei Alexei Klotschkow mit Deckname „Tschekist.“ Dem „Tschekist“ unterstehen alle Sicherheitsbehörden der „Republik“.

Dnr-online.ru: Heute am 9. Februar ist auf dem Zentralen Platz der Hauptstadt der DVR die Arbeit an der Reparatur des Lenin-Denkmal abgeschlossen worden, das im Ergebnis eines Terrorakts beschädigt wurde.

„Wir haben alles getan, was nötig ist. Natürlich gab es Probleme, weil für dieses Denkmal besonderer Marmor verwendet wurde, er unterscheidet sich von dem, den wir haben. Aber wir haben es ausgebessert, den Sockel und die Leninstatue selbst repariert, die auch beschädigt war. Gleichzeitig haben wir, um mögliche Zwischenfälle zu verhindern, die Polizeipatrouillen an dem Platz verstärkt. Die Personen, die den Akt des Vandalismus begangen haben, sind festgenommen“, teilte der Bürgermeister von Donezk Igor Martynow mit.

Dan-news.info: Eine Gruppe von Personen, die der Begehung eines Terrorakts, der Explosion am Lenindenkmal verdächtig sind, wurde in Donezk festgenommen. Dies erklärte heute der Bürgermeister der Hauptstadt Igor Martynow.

„Durch die Videokameras, die auf dem Platz aufgestellt sind, wurde festgehalten, wer und was das ist. Diese Übertäter wurden festgenommen und ihnen gegenüber werden Maßnahmen ergriffen“, sagte der Leiter der Stadtverwaltung.

Martynow fügte hinzu, dass zur Vermeidung derartiger Diversionen im Bereich des Leninplatzes die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt wurden. Direkt am Denkmal werden Polizeipatrouillen eingesetzt.

Ukrinform.ua: Im Fall eines Regierungswechsels wird der Internationale Währungsfonds (IWF) die Finanzierung der Ukraine einstellen. Eine Fortsetzung der Finanzierung wird nur dann folgen, wenn die neue Regierung bereit sein wird, die von den Vorgängern übernommenen Bedingungen zu erfüllen, erklärte Finanzministerin Natalie Jaresko in einer Talkshow im Fernsehsender ICTV.

Jaresko sagte weiter, die Zusammenarbeit mit dem IWF sei für die Ukraine kritisch. Es gebe keine anderen Kreditgeber, die dem Land Geld zu günstigen Konditionen leihen würden.

Nach Worten der Ministerin fehlt im Staatshaushalt 2016 Geld für die Finanzierung der Neuwahlen. Um diese durchzuführen, müsse man Kürzungen im Haushalt vornehmen. Jaresko zufolge sollen die ukrainischen Politiker die Regierungskrise überwinden.

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die Kiewer Truppen setzen die Praxis einer zwangsweisen Mobilisierung der männlichen Bevölkerung in den Bezirken, die unmittelbar an die Kontaktlinie grenzen, in die Reihen der ukrainischen Streitkräfte fort“, sagte Jaschtschenko.

„So wurden nach Informationen unserer Aufklärung am Wochenende in Sewerodonezk etwa hundert Männer mittleren Alters der medizinischen Kommission vorgestellt, um dann in die Reihen der ukrainischen Streitkräfte geschickt zu werden“, teilte Jaschtschenko mit.

„Ich erklärte verantwortlich, dass die gewaltsamen Methoden, die von den ukrainischen Streitkräften zur Auffüllung ihrer Reihen verwendet werden, nach unserer Auffassung nichts anderes sind als ein Genozid an der Bevölkerung des Donbass, der das Ziel ihrer bewussten Vernichtung hat. Wir hoffen, dass solche Aktivitäten, die die ukrainischen Streitkräfte durchführen, mit der Zeit die notwendige rechtliche Bewertung erfahren“, unterstrich der stellvertretende Leiter des Stabs.

Gleichzeitig sagte er, dass auf den Truppenübungsplätzen der Volksmiliz die systematischen Übungen zur militärischen Ausbildung weitergehen, „besondere Aufmerksamkeit wird der Ausbildung von Rekruten gewidmet, das heißt von Menschen, die Republik verteidigen wollen und können“.

„Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der Republik hat sich im Zusammenhang mit der heftigen Vergrößerung der Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte verschärft“, teilte er mit.

„Nur durch einen glücklichen Zufall gab es keine Opfer und Zerstörungen“, fügte er hinzu. Jaschtschenko erklärte, dass die Abteilungen der Volksmiliz der LVR die verschiedenen

Arten von Provokationen der ukrainischen Streitkräfte nicht erwidern und die Minsker Vereinbarungen streng einhalten.

De.sputniknews.com: Ein Jahr Minsk II: Kein Krieg, aber auch kein Frieden in Ostukraine – Experte

Rund ein Jahr nach dem 16-stündigen Verhandlungsmarathon der höchsten Repräsentanten von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine ist das Minsk-II-Abkommen noch keinesfalls umfassend umgesetzt worden. Politikwissenschaftler und Osteuropa-Experte Andreas Heinemann-Grüder ist da hinsichtlich der Perspektiven nicht gerade optimistisch. *Herr Heinemann-Grüder, Minsk II ist nun ein Jahr her. Wie ist Ihr Fazit? Was wurde in dem Jahr erreicht?*

Der Krieg wurde beendet, es gibt zwar fast täglich Verletzungen des Waffenstillstandes, aber es findet nicht mehr ein Krieg mit großkalibrigen Waffen statt. Die Durchsetzung von vielen Einzelbestimmungen von Minsk ist aber bisher gescheitert. Es gibt auch eigentlich keinen politischen Prozess, mit dem man über den Waffenstillstand hinaus kommt. Ich würde sagen, es findet eine de facto Staatsbildung in den beiden selbstproklamierten Republiken statt. Dann würde ich auch sagen, die humanitäre und soziale Katastrophe ist weiterhin extrem. *Der ukrainische Wirtschaftsminister ist gerade frustriert zurückgetreten, weil mit dieser Regierung keine Reformen möglich seien. Wie läuft es Ihrer Einschätzung nach mit den Reformen in der Ukraine?*

Die Fortschritte, die die Maidan-Demonstranten 2013 / Anfang 2014 bestimmt erwartet haben, lassen auf sich warten. Es hat ja auch in dem Sinne keinen Elitenwechsel stattgefunden. Der Einfluss der Oligarchen auf die ukrainische Politik ist nach wie vor sehr stark und eine glaubwürdige Reformagenda ist nicht zu sehen. Da teile ich auch die Meinung des zurückgetretenen Wirtschaftsministers.

Die Ukraine hat ja viele ausländische Politiker angeheuert. Unter anderem den ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, gegen den in seiner Heimat ein Strafverfahren läuft. Ist das der richtige Weg zu Reformen?

Man hat ihn da in Odessa als Gouverneur eingesetzt, weil er in Georgien gewisse Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung hatte. Da ist die Bilanz zwar auch durchaus gemischt, aber ich glaube, dass das der Hintergrund war. Aber man muss auch sehen, dass er sich gegen die örtlichen Oligarchen nur schwer durchsetzen kann und im Dezember da auch eine heftige Auseinandersetzung mit dem ukrainischen Innenminister hatte, wo sogar Gläser durch den Sitzungssaal flogen und Wasser verschüttet wurde. Also man kann sagen, wir haben hier keine geeinte ukrainische Regierung, sondern sehr unterschiedliche Interessen, die da aufeinander einwirken. Insofern fehlt da eigentlich auch ein Konsens innerhalb der ukrainischen Regierung

Präsident Poroschenko war kürzlich in Berlin gewesen. Wie ist sein Standing zuhause in der Ukraine und international? Hat er einen Freifahrtschein?

Einen Freifahrtschein, den hat er ganz gewiss nicht, Kanzlerin Merkel hat auch deutlich gemacht, dass sie weiterhin an dem Minsker Abkommen festhält und darauf drängt, dass auch die ukrainische Seite ihren Teil dazu beiträgt. Es wird ja über die Option einer internationalen Polizeimission im Donbass gesprochen, und der Vorschlag ist ja auch von Merkel erstmal positiv beschieden worden. Die Frage ist, was will die Regierung Poroschenko in Bezug auf den Donbass — will sie den Donbass ausbluten lassen, in der Hoffnung, dass er dann irgendwann freiwillig aufgibt, oder wollen sie einen politischen Prozess in Gang setzen, wo sie dann auch ihre Verfassung ändern und sich mit den dortigen Autoritäten über Autonomie einigen. Und mir scheint im Augenblick, dass sie eher eine abwartende Haltung verfolgen, weil sie sich sagen, die Zeit spricht dafür, dass der Donbass eigentlich nicht eigenständig lebensfähig ist.

Ist denn die Ukraine eigenständig lebensfähig, wie ist denn die Situation aktuell?

Die Ukraine lebt von den Umschuldungen, die sie vom Internationalen Währungsfond bekommt, und von der EU. Wenn sie diese Unterstützung nicht bekommen hätte, dann hätte die Ukraine wohl schon lange den Staatsbankrott anmelden müssen. Auf der anderen Seite

— ich bin jetzt im Dezember noch einmal in der Ukraine gewesen — man muss die Situation auch nicht dramatisieren, dass das jetzt vergleichbar wäre mit Albanien oder dem Kosovo. So dramatisch ist die Situation auch nicht.

Die Ukraine hatte sich in Minsk II verpflichtet, ein Dezentralisierungsgesetz und Angebote für einen Sonderstatus des Donbass zu beschließen. Da wird jetzt schon die zweite Sitzungsperiode des Parlaments aufgeschoben. Warum?

Weil es keine politische Mehrheit im ukrainischen Parlament dafür gibt, weil dort einige der Ansicht sind, wir werden hier nicht einige der Separatisten, die Gewalt angewendet haben, honorieren. Was der Inhalt sein sollte, ist außerdem sehr strittig. In Minsk II sind gewisse Autonomievorschriften festgeschrieben worden in Bezug auf Polizei, Staatsanwaltschaft, Nichtauflösbarkeit von regionalen und lokalen Parlamenten. Aber die entscheidende Frage ist natürlich — werden die derzeitigen Machthaber in Lugansk oder Donezk an der Macht bleiben, was sie auf jeden Fall wollen, aber da sträubt sich das ukrainische Regierung dagegen. Sie haben die Hauptbefürchtung, dass im Falle einer Föderalisierung über den Donbass hinaus zu Sezessionsbewegungen im Südosten der Ukraine kommen könnte.

Die Kämpfe in der Ostukraine sind nun wieder aufgeflammt. Endlich spricht man auch hier in den Medien von Verstößen von beiden Seiten. Wie fragil ist die Situation im Osten der Ukraine?

Der Chef der OSZE-Mission, Alexander Hug, hat Ende Januar eine dramatische Stellungnahme abgegeben, weil da die Kampfhandlungen auch mit schwerem Gerät wieder zugenommen haben. Ansonsten hat man da auch wieder täglich Schüsse und Explosionen dokumentiert. Die Situation ist durchaus fragil und zwar sowohl auf der ukrainischen Seite, weil da ein staatliches Gewaltmonopol auch über diese Freiwilligenbataillone bisher nicht hergestellt ist, insofern dass das ukrainische Verteidigungsministerium und das Innenministerium nicht die volle Kontrolle über ihre Kombattanten haben. Die Situation scheint auch im Donbass ähnlich zu sein: Die Regierungen von Donezk und Lugansk haben erhebliche Schwierigkeiten, alle Bataillone unter ihre Kontrolle zu bringen.

Deutschland hat dieses Jahr den OSZE-Vorsitz. Wird Deutschland den Druck auf Lösung des Donbass-Krieges erhöhen?

Dafür müssten sie mit eigenen Vorschlägen kommen und müssten auch eine aktive Rolle als Moderator und Vermittler spielen und sich damit auch einem erhöhten Risiko aussetzen. Wenn ich mir die Agenda Deutschlands für diesen Vorsitz ansehe, dann sehe ich nicht eine Agenda, die über Dialogformate hinausgeht. Ich sehe also keinen politischen Plan, mit dem man sagen könnte: „Ok, das wäre jetzt ein Prozess, den Deutschland anstoßen wird im Jahre 2016“. Insofern würde ich mir durch Deutschlands Ratspräsidentschaft nicht zu viel erwarten.

[Ukrinform.ua](#): Der ukrainische Geheimdienst SBU hat Beweise gesammelt, dass russische Offiziere aus dem Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination für Feuerpause und Stabilisierung der Trennlinie in der Ostukraine mit Terroristen zusammenarbeiten. Das gab am Dienstag SBU-Chef Wasyl Hryzak auf einer Pressekonferenz in Kiew bekannt. Die russischen Offiziere nehmen an der Ausbildung der Terroristen aus den „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ teil und leiten diese direkt. Die russischen Militärs liefern auch militärische Fachliteratur in die besetzten Gebiete, sagte Hryzak

[Dan-news.info](#): Im Verteidigungsministerium der DVR wurden die Beschuldigungen ukrainischer Spezialdienste in Bezug auf die russischen Offiziere im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination der Feueereinstellung in der Zusammenarbeit mit den Milizen als völlig haltlos bezeichnet. Dies teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

„Das sind alles nur haltlose Erklärungen, die auf die Diskreditierung der russischen Seite als einer der Garanten der Einhaltung des Friedens im Donbass gerichtet sind“, sagte der

Gesprächspartner der Agentur.

Basurin unterstrich, dass Vertreter des Gemeinsamen Zentrums im Donbass Aufgaben erfüllen, die ausschließlich in der Beobachtung des Regimes der Feuereinstellung und der Einhaltung der Minsker Vereinbarungen bestehen.

„Eigenartig, dass Mitarbeiter ukrainischer Spezialdienste nicht über die Aktivitäten eines solchen Organs wie das Gemeinsame Zentrum informiert sind. Solche Aktivitäten des Sicherheitsdienstes der Ukraine müssen als offene Provokation betrachtet werden“, sagte der stellvertretende Kommandeur.

Zuvor hatte die Leitung des Sicherheitsdienstes der Ukraine die russischen Offiziere im Gemeinsamen Zentrum der Unterstützung der Milizen beschuldigt.

Lug-info.com: Die LVR und die DVR haben eine Vereinbarung über die Schaffung eines einheitlichen Energiemarktes unterzeichnet. Dies teilte heute auf einer Sitzung des Ministerrats der Vorsitzende Sergej Koslow mit.

„Der einheitliche Energiemarkt ist schon entstanden. Es sind zwei Vereinbarungen unterschrieben worden, durch die Beteiligung der beiden Republikoberhäupter ist die Frage vom toten Punkt weggekommen“, sagte Koslow.

„Wir werden hoffen, dass dies nur Gutes bringen wird“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: Kreml-Sprecher: Erdoğan's Vorwürfe einer russischen Okkupation in Syrien sind absurd

Die Erklärungen des türkischen Präsidenten Erdoğan, dass Russland angeblich Teile Syriens besetzt hat, sind völkerrechtlich absurd, wie der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, zu Journalisten sagte.

„Was die Erklärungen des Präsidenten Erdoğan angeht, dass Russland einen Teil von Syrien okkupiert, so sind sie vom juristischen Standpunkt und vom Standpunkt des Völkerrechts nicht richtig, sie sind absurd“, sagte Peskow in Bezug auf das Interview Erdoğan's mit der Nachrichtenagentur Bloomberg vom vergangenen Sonntag.

Zudem verwies der Kreml-Sprecher darauf, dass die russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte sich auf Einladung der rechtmäßigen syrischen Führung in Syrien aufhielten: „Sodass von einer etwaigen Okkupation einfach keine Rede sein kann – weder de jure, noch de facto“, fügte er hinzu.

Hinsichtlich der Perspektiven der Regulierung der Beziehungen zwischen Moskau und Ankara betonte Peskow, dass das Verhältnis Russlands und der Türkei sich in dem schlechtesten Zustand seit den letzten Jahrzehnten befinde. Das Verhältnis zu normalisieren scheine bislang jedoch nicht möglich zu sein: „Die Beziehungen sind derzeit im schlechtesten Zustand seit den letzten Jahrzehnten. Und dahingehend bedauern wir es, stellen jedoch eindeutig fest, dass Russland nicht der Verursacher dieses Zustandes ist“, sagte Peskow.

Er erinnerte daran, dass „die Türkei aggressiv und verräterisch in Bezug auf Russland gehandelt hat.“ Und: „Die Türkei gab diesem Handeln nach wie vor keine angemessene Bewertung und brachte keine entsprechenden Entschuldigungen vor. Daher erscheint es bislang nicht als möglich, über etwaige Wege zur Normalisierung zu sprechen.“

Der türkische Präsident sprach mehrfach von Okkupationshandlungen der Russischen Föderation in Syrien. Mit einer derartigen Erklärung sei er im Anschluss an seine Südamerikareise im Senegal vor Journalisten getreten, wie die Anatolische Nachrichtenagentur mitteilt.

Hinsichtlich der am Vortag vom offiziellen Vertreter des russischen

Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, geäußerten Befürchtung, Ankara könne eine Invasion in Syrien vorbereiten, betonte der türkische Präsident, dass „dieser Ansatz Russlands zum Lachen ist“.

„Zunächst muss Russland sich für die Menschen verantworten, die sie in Syrien getötet

haben. Die Zahl der Toten in Kooperation mit dem Regime (Baschar Assads) in Syrien hat momentan 400.000 Menschen erreicht. Russland betreibt eine Okkupation innerhalb Syriens“, behauptet Erdoğan.

Der russische Marinestützpunkt in Tartus und der Luftwaffenstützpunkt in Latakia seien – so der türkische Präsident – ein Beweis für die Versuche Russlands, „einen Boutique-Staat“ für Assad zu errichten. Doch „die Zeit Assads in Syrien ist bereits abgelaufen.“

Dnr-online.ru: Im Verlauf des Jahres 2015 wurden von der Hauptkoordination für Ökologie und Naturressourcen der DVR 195 Überprüfungen von Produktionsobjekten vorgenommen, davon 45 Kontrollen bezüglich der Einhaltung der Naturschutzgesetzgebung auf Verlangen der Organe der Staatsanwaltschaft, 20 – aufgrund von Anträgen von Bürgern. Dies teilte heute der Pressedienst des Landwirtschaftsministeriums der DVR mit.

Im Ergebnis wurden 86 Amtspersonen und Bürger verwaltungsrechtlich zur Verantwortung gezogen. Es wurden 94 Protokolle erstellt, die Summe der auferlegten Bußgelder betrug 58.004 Rubel, freiwillig wurden davon 48.042 Rubel bezahlt. Es wurden Materialien zu 12 Fällen von verwaltungsrechtlichen Verletzungen der Naturschutzgesetzgebung an die Gerichtsorgane übergeben.

Es wurden 61 Rechnungen bezüglich Schäden ausgestellt, die der Umwelt zugefügt wurden, die Gesamtsumme beträgt 14 Mio. Rubel, von diesen wurden 488.000 Rubel freiwillig gezahlt.

In der Rechenschaftsperiode wurden von den Inspektoren der DVR im Bereich des Umweltschutzes 14 Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Umweltschutzgesetzgebung bei landwirtschaftlichen Einrichtungen, Wasserressourcen, Grünflächen und beim Brandschutz bei trockener Vegetation durchgeführt. Im Ergebnis der durchgeführten Kontrollen wurden 22 Personen zur verwaltungsrechtlichen Verantwortung gezogen, die Summe der Bußgelder betrug 3.230.000 Rubel, es wurden neun Rechnungen bezüglich der Schäden über insgesamt etwa 15 Mio. Rubel ausgestellt.

Die Spezialisten der Hauptkoordination für Ökologie und Naturressourcen haben im Jahr 2015 an 225 Kommissionen zur Untersuchung von Problemfällen auf den Gebieten von Donezk, Makejewka, Jasinowataja, Charzysk, Gorlowka, Jenakie und anderen Ortschaften der DVR teilgenommen, sowie an 24 Kommissionen zur Untersuchung von Wasserobjekten der Republik, die zur Verpachtung angeboten wurden.

De.sputniknews.com: Angehörige der Opfer von MH17-Absturz haben offene Fragen an Washington und Kiew

Die USA sind verpflichtet, die Satellitenaufnahmen zum Absturz der malaysischen Boeing Flug MH17 in der Ukraine freizugeben, wie Oleg Stortschewoi, stellvertretender Chef der russischen Luftfahrtbehörde Rosawiazija, sagte. Die Maschine befand sich auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur.

„Die amerikanische Seite ist zweifellos verpflichtet, jene Satellitenaufnahmen freizugeben, die ihr laut US-Außenminister John Kerry seit dem Augenblick des Absturzes der Maschine zur Verfügung stehen und fähig sind, Licht auf die Umstände der Katastrophe zu werfen. Die ukrainische Seite muss ihrerseits ebenfalls in verbindlicher Weise ihre diesbezüglichen Funkmessdaten übergeben oder glaubwürdige Beweise für ihr faktisches Nichtvorhandensein vorlegen“, so Stortschewoi in der Antwort der Luftfahrtbehörde auf einen Brief von Angehörigen der Opfer des MH17-Absturzes an den Präsidenten der Russischen Föderation. Die Antwort auf diesen Brief ist auf der RT-Site veröffentlicht.

Laut Stortschewoi bewahrt Russland alle Funkmessdaten zum letzten Flug MH17 auf und ist bereit, sie den entsprechenden bevollmächtigten Organisationen erneut zur Verfügung zu stellen.

Er erinnerte daran, dass die russische Seite im August 2014, gleich nach der Tragödie, dem Sicherheitsrat der Niederlande alle vorhandenen Funkmessdaten zum Flug MH17 übergeben

habe. „Wir haben keinerlei Bedingungen oder Einschränkungen für die weitere Nutzung und Veröffentlichung der übergebenen Funkmessdaten, Telefongespräche und der anderen Zeugnisse genannt und festgelegt, um die uns der Sicherheitsrat der Niederlande gebeten hatte.“

„Russland ist im höchsten Maße an einer Aufklärung der wahren Umstände des Geschehens interessiert, und im Verlauf der ganzen technischen Untersuchung und auch nach deren offiziellem Abschluss wird es weiter alle seine Möglichkeiten zur Wahrheitsfindung nutzen“, so Stortschewoi.

„Die russische Seite ist ebenso wie Sie (die Angehörigen der Opfer – d. Red.) an der schnellstmöglichen, sorgfältigen und unvoreingenommenen Untersuchung dieser schrecklichen Tragödie interessiert und unterstützt völlig Ihre Anfragen an die Führung der USA und der Ukraine mit den Forderungen, den Ermittlungsorganen die erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen“, heißt es im Antwortschreiben der russischen Luftfahrtbehörde.

De.sputniknews.com: Putin sieht keine Wirtschaftskatastrophe in Russland

Die Lage der russischen Wirtschaft ist nach Einschätzung von Staatschef Wladimir Putin alles andere als katastrophal. „Wir haben eine nicht gerade einfache Situation, doch es gibt Gott sei Dank keine Katastrophen“, äußerte Putin am Dienstag bei einem Treffen mit Michail Schmakow, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands.

Laut Putin gelingt es Russland bislang, die aktuellen Schwierigkeiten „entweder gut oder zufriedenstellend zu meistern“. Die Arbeitslosenquote, die nach Angaben des Arbeitsministeriums in diesem Jahr unter sechs Prozent liegen wird, bezeichnete der Kreml-Chef als „ziemlich gering“ und als „absolut akzeptabel“. Angesichts der Turbulenzen in der Wirtschaft seien jedoch Änderungen am Arbeitsmarkt möglich, und die Regierung müsse bereit sein, darauf zu reagieren.

Vor dem Hintergrund des Öl-Preisverfalls ist Russlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr nach übereinstimmenden Angaben des russischen Statistikamtes und des Internationalen Währungsfonds (IWF) um 3,7 Prozent geschrumpft. In diesem Jahr wird ein Rückgang um ein weiteres Prozent erwartet.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30751/86/307518676.jpg>

Ukrinform.ua: In dieser Heizsaison wird die Ukraine Anthrazitkohle in Südafrika nicht mehr kaufen.

Das teilte Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn vor der Presse mit, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Am 5. Februar wurden 79.000 Tonnen Anthrazitkohle aus Südafrika in die Ukraine geliefert.

Das war die zweite Kohlelieferung aus Afrika.

Nach Worten von Demtschyschyn kaufte die Ukraine Kohle in der Südafrikanischen Republik zum Preis von 56-57 Dollar.

Abends:

De.sputniknews.com: Absturz von Flug MH17: Strafermittler verschleppen das Verfahren – LuftfahrtAufseher

Die Strafermittlungen zum Absturz der malaysischen Boeing Flug MH 17 in der Ukraine ziehen sich unbegründet in die Länge. Wie auch bei der Suche nach der Absturzursache ist die Wahrheitsfindung im Ermittlungsverfahren erschwert, wie der Chef der russischen Luftfahrtaufsichtsbehörde, Oleg Stortschewoj, sagte.

Die Passagiermaschine vom Typ Boeing 777 der Fluggesellschaft „Malaysia Airlines“ stürzte auf ihrem Flug MH17 von Amsterdam nach Kuala Lumpur am 17. Juli 2014 über dem ukrainischen Gebiet Donezk ab. Alle 298 Menschen an Bord starben. Kiew beschuldigte die Aufständischen, das Flugzeug abgeschossen zu haben – die Aufständischen erklärten hingegen, über keinerlei Waffen zu verfügen, um ein Luftfahrzeug in dieser Höhe abzuschießen.

Der niederländische Sicherheitsrat stellte die Untersuchungsergebnisse zur Absturzursache am 13. Oktober 2015 vor. Der Absturz der Passagiermaschine sei durch die Explosion eines Sprengkopfs vom Typ 9N314M, angebracht auf einer Rakete des Typs 9M38, verursacht worden, heißt es in dem Bericht. Die Rakete sei von einem Buk-Raketenwerfer abgefeuert worden.

Russland habe mehrfach auf die übermäßige Intransparenz und Voreingenommenheit der niederländischen Ursachenforscher hingewiesen, sagte Stortschewoj. „Leider entsteht momentan eine ähnliche Situation bei der Tätigkeit des für die Strafermittlungen zuständigen Joint Investigation Teams. Die gleiche unbegründete Verschleppung des Verfahrens und das willkürliche Vorgehen der holländischen Seite bei der Auswahl ihrer Ermittlungspartner rufen eine Vielzahl sehr unbequemer Fragen hervor und lassen befürchten, dass die Strafermittlungen – ähnlich der Ursachenuntersuchung – wie auf Bestellung nicht zur Feststellung der Wahrheit führen.“

Hinsichtlich der Ergebnisse der Ursachenuntersuchung betonte der russische LuftfahrtAufseher, dass die russische Seite mit den Hinterbliebenen der beim Absturz der malaysischen Boeing Getöteten solidarisch sei in den Bemühungen, Antworten auf zahlreiche offengebliebene Fragen einzufordern: „Der niederländische Sicherheitsrat ist verpflichtet, Ihnen und der ganzen Welt zu erklären, warum die technische Ursachenuntersuchung sich so unbegründet lange hinzog und in recht abstrakten und schwammigen Formulierungen mündete. Warum haben die holländischen Verantwortlichen eine Verzerrung von Fakten und Verheimlichung von Informationen zugelassen? Und ebenso, warum haben sie wichtige, von russischer Seite zur Verfügung gestellte Daten außer Acht gelassen.“

Er fügte hinzu, dass der Sicherheitsrat über die Unglaubwürdigkeit der im Untersuchungsbericht angegebenen Geschosßsplitter sowie den Ort ihrer Auffindung aufklären müsse, „wie auch über die Qualitätsmängel bei der Untersuchung der Einschusslöcher im Flugzeugrumpf; über die unzureichende Genauigkeit im Umgang mit den Wrackteilen; über die falsche Bestimmung des Standorts, von dem aus die Rakete möglicherweise abgefeuert wurde; und über viele weitere Unstimmigkeiten, von denen der Ergebnisbericht nur so strotzt.“



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30445/26/304452660.jpg>

Ukrinform.ua: Die Truppenübungen im südlichen Militärbezirk Russlands, nahe der ukrainischen Grenze, finden zeitgleich mit der Übung des 2. Armeekorps der russischen Besatzungstruppen in der Region Luhansk statt und können als Trainieren des Zusammenwirkens der Truppen betrachtet werden.

Das erklärte Chef des ukrainischen Geheimdienstes SBU Wasyl Hryzak auf einer Pressekonferenz in Kiew.

Nach Angaben von Hryzak findet das Manöver in der Oblast Rostow am Don statt. Die Übung im südlichen Militärbezirk stationierten Einheiten sei am 8. Februar, um 5 Uhr Moskauer Zeit, gestartet worden. Am 8. Februar, um 5:05 Uhr, sei das Manöver des 2. Armeekorps der „Volksrepublik Luhansk“ gestartet worden.

Der SBU-Chef vermutet, dass damit „das Zusammenwirken der russischen Truppen im Grenzgebiet zur Ukraine mit denen, die in der so genannten „Volksrepublik Luhansk“ stationiert sind“ trainiert wird.

De.sputniknews.com: Nordatlantikbündnis erwägt Wiederbelebung von Russland-NATO-Rat
Das Nordatlantikbündnis prüft die Möglichkeit, eine Sitzung des Russland-NATO-Rates einzuberufen. „Ich denke, das wäre eine unverzichtbare Plattform für das politische Zusammenwirken mit Russland“, sagte Allianzchef Jens Stoltenberg am Dienstag vor der Presse in Brüssel.

„Die NATO hat den Kanal des politischen Dialogs mit Russland nie dicht gemacht. Wir setzen diesen Dialog fort. Russland ist unser größter Nachbar, ein sehr wichtiger Nachbar, besonders in der schweren Zeit wie jetzt. Deshalb verhandelten wir mit der russischen NATO-Botschafter, ich traf Außenminister (Sergej) Lawrow. Wir diskutierten in unterschiedlichen Formaten und denken jetzt darüber nach, ob eine Sitzung des Russland-NATO-Rates möglich wäre“, sagte Stoltenberg.

Eine starke Verteidigung (der Allianz) und der politische Dialog würden einander nicht zuwiderlaufen. „Ich denke, dass wir gerade stark und berechenbar sein und mit Russland einen politischen Dialog führen sollten... Das Bündnis strebt keine Konfrontation, keinen neuen Kalten Krieg mit Russland an. Im Gegenteil: Wir wollen diesen Krieg vermeiden.“ Stoltenberg wies auf die Notwendigkeit hin, militärische Zwischenfälle mit Russland zu vermeiden, was der Abschuss eines russischen Frontbombers durch die Türkei deutlich gemacht habe. „Eine Wiederholung derartiger Zwischenfälle ist unzulässig. Zugleich müssten wir gewährleisten, dass solche Zwischenfälle, sollte es dazu kommen, nicht außer Kontrolle geraten“, sagte der Allianzchef.

Am Dienstag wies der US-Botschafter bei der Allianz, Douglas Lute, darauf hin, dass Washington die Idee der Einberufung einer Sitzung des Russland-NATO-Rates befürwortet. „Die Vereinigten Staaten sind dafür“, sagte Lute bei einer Telefonkonferenz.